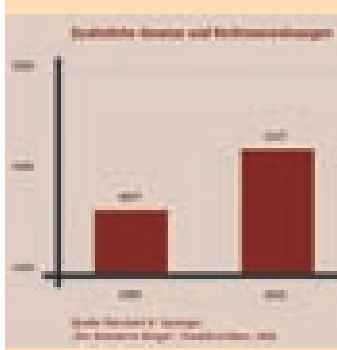
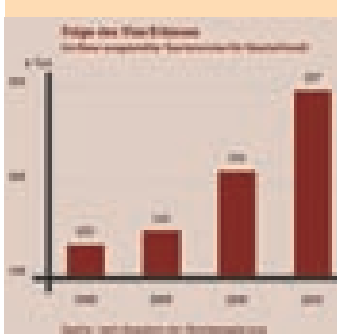
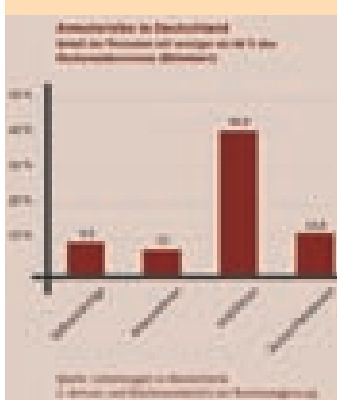


Versagen in Zahlen

Zahlen lügen nicht. Rot-Grün hat das Land abgewirtschaftet. Die folgenden Statistiken sind nur eine kleine Auswahl, wie falsche politische Entscheidungen Deutschland auf die Verlierer-Straße gebracht haben (alle Grafiken CSU.de):



„Zustrom von Billigst-Arbeitskräften“



Ingo Schmitt, MdB

Die EVP-Fraktion begrüßt die Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in die EU.

Jedoch muss eine solche Erweiterung sorgfältig vorbereitet werden.

Dies ignoriert die rot-grüne Bundesregierung vollständig, indem sie ein übereiltes Aufnahmeverfahren mitträgt und den sich abzeichnenden Problemen noch zusätzlichen Nährboden bereitet.

Bereits der für das Jahr 2007 geplante EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens an sich ist viel zu früh. Beide Aufnahmekandidaten werden angesichts der massiven rechtsstaatlichen wie wirtschaftlichen Defizite nicht wirklich beitragsfähig sein. Und auch die EU selbst wird 2007 noch keine neue Erweiterungsrunde verkraften.

Unverantwortlich ist vor diesem Hintergrund, dass reich hat beispielsweise in der Frage der Dienstleis-



die Beitrittsverträge mit Rumänien und Bulgarien darüber hinaus erhebliche Gefahren für den deutschen Arbeitsmarkt enthalten. Grund ist die schlechte Verhandlungsführung der Bundesregierung. Öster-

tungsfreiheit Ausnahmeregelungen zum Schutz der heimischen Wirtschaft und Arbeitnehmer durchgesetzt.

Die Bundesregierung dagegen hat hierauf verzichtet. Stattdessen heißt es

in den Beitrittsverträgen wörtlich: „Wir begrüßen es, wenn bulgarische und rumänische Arbeiter zu uns kommen. ... Deutschland wird sich verstärkt bemühen, rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu gewähren.“

Rot-Grün schadet mit dieser Politik einmal mehr den Arbeitssuchenden. Werden die Verträge in der jetzt vorliegenden Fassung verabschiedet, wird die Folge ein Zustrom von Billigst-Arbeitskräften nach Deutschland sein. Angesichts von fünf Millionen Arbeitslosen ist dies unakzeptabel. Daher fordern die Deutschen Abgeordneten der EVP-Fraktion, auf bilateralem Weg geeignete Übergangsfristen zu vereinbaren, um Lohndumping zu verhindern und den Verlust von Arbeitsplätzen zu vermeiden.

CDU gegen Dutschke-Straße

Auf Initiative der „Tageszeitung“ (TAZ) hat die PDS in der Bezirksverordnetenversammlung des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg beantragt, die Kochstraße in „Rudi-Dutschke-Straße“ umzubenennen. Wer war Rudi Dutschke?

Historiker und Publizisten sind sich darin einig, dass Dutschke Gewalt und bewaffneten Kampf gegen den Staat und demokratische Einrichtungen befürwortete. Er war Begründer des Konzepts der Stadtgue-

rilla 1969. Er wollte genehmigte Demonstrationen in die Illegalität überführen und war für Sabotageakte. Anlässlich des Schah-Besuches 1968 plante er die Sprengung der Sendetürme des AFN. Er versteckte Dynamitstangen in dem Kinderwagen seines erst wenige Monate alten Sohnes Hosea-She, setzte das Kind darauf und beförderte das Dynamit so zu einem konspirativen Treff. Und nun meinen PDS und Grüne, dass sich Dutschke um das

demokratische Gemeinwesen in herausragendem Maße verdient gemacht hat, wie es die gesetzlichen Vorschriften zur Umbenennung von Straßen erfordern. Die CDU Friedrichshain-Kreuzberg fordert, diese Umbenennungsschritte ganz schnell zu beenden und veranstaltete hierzu eine Unterschriftenaktion sowie Bürgertreffs. Anfang Januar beteiligten sich an der Umfrage-Aktion gegen die Umbenennung der Kochstraße in Rudi-Dutsch-

ke-Straße fast 900 Anwohner, Gewerbetreibende und Selbständige per Brief, Telefon, Fax oder e-mail und stimmten gegen die Umbenennung. Dies hatte PDS, Grüne, FDP und SPD dermaßen beeindruckt, dass sie ihren Antrag zur Umbenennung am 27. Januar in der Bezirksverordnetenversammlung zurückzogen. Jetzt wurde aber ein neuer Antrag gestellt, der eine Teilumbenennung der Kochstraße vorsieht.

Anzeige

SICHERHEIT DURCH KOMPETENZ

SAFETY

OBERSCHUTZ
BEWERTUNG
VERANSTALTUNGSDIENST
ALARMZENTRALE
ALARMVERFOLGUNG
ARBEITS SICHERHEIT
KURIERDIENST
GLAS- UND
GEBÄUDE REINIGUNG
ERRICHTUNG VON
SICHERUNGS- UND
RAUMSCHUTZANLAGEN

Safety Unternehmensschutz GmbH
Stralauer Allee 35 10245 Berlin
Tel.: 030 - 29 33 94 - 0 • Fax: 030 - 29 33 94 - 11

Massenarbeitslosigkeit!

Rot-Grün handelt nicht!

CDU

Zwei Monate danach

Auch mehr als zwei Monate nach der Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat sich die Koalition auf keine konkreten Maßnahmen verständigen können. Die Bundesregierung habe „offenbar weder den Willen noch die Kraft noch Ideen, das entscheidende

Problem unserer Zeit, die Massenarbeitslosigkeit, zu bekämpfen“, sagte CDU-Generalsekretär Volker Kauder am Mittwoch in Berlin. In ihrem aktuellen Monatsbericht äußere selbst die Bundesbank „erhebliche Zweifel am Reformwillen“ der rot-grünen Koalition.